



Unser Baden-Württemberg-Programm „Der Zukunft verpflichtet“

1. Asylflut stoppen

- kein Einklagbares Grundrecht auf Asyl
- Anwendung der Drittstaatenregelung
- konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
- Familiennachzug verhindern
- Einsatz der Bundeswehr zur Verhinderung gewaltsamer illegaler Einwanderung an deutschen Außengrenzen
- Beschlagnahme der Kirchensteuereinnahmen für Bistümer und Landeskirchen, die illegal „Kirchen-Asyl“ gewähren

NPD – Wir schieben ab!

2. Rückkehr statt Bleiberecht

- gesetzliche Regelung zur Rückführung eines Großteiles der hier lebenden Ausländer. Grundsatz unserer Ausländerpolitik ist: Rückkehr statt Bleiberecht!
- Fremdreliigiöse Bauten (z.B. Moscheen) werden abgelehnt
- Wahrung kultureller und nationaler Identität.

3. Sicherheit durch Recht und Ordnung

- die öffentliche Sicherheit und Ordnung darf nicht in die Hände Privater gelegt werden
- Beobachtung und Beseitigung sozialer und ethnischer Brennpunkte, insbesondere im Gefolge der „Multikulturalisierung“ der großstädtischen Ballungsräume
- verstärkte öffentliche Präsenz einer bürgernahen Polizei, die sich als „Freund und Helfer“ der gesetzestreuen deutschen Bürger versteht
- Freiheit und Wiederherstellung der Privatsphäre statt Rundum-Überwachung
- unverzügliche Abschaffung des „Landesamtes für Verfassungsschutz“, das im Wesentlichen der Diffamierung unerwünschter politischer Konkurrenz dient
- Bekämpfung der Drogenkriminalität muß hohe Priorität haben
- Kinderpornographie und pädophile Straftaten sind härter zu bestrafen
- Wiedereinführung alternativer Strafvollzugsverfahren (z.B. Zuchthaus)
- kein Missbrauch unserer Polizei für politische Zwecke

4. Familien schützen

- Kinder brauchen Mutter (Frau) und Vater (Mann) für eine gesunde Entwicklung
- Die erzieherische Verantwortung für Kinder liegt in erster Linie bei der Familie
- Anrecht auf ein nach Anzahl und Alter der Kinder gestaffeltes, zeitlich begrenztes Müttergehalt
- Die Altersrente ist vom Gesetzgeber zu sichern
- Jugendämter müssen effizienter arbeiten und frühzeitiger mit rechtlich zulässigen Zwangsmaßnahmen arbeiten
- erforderliche Bereitstellung von Spielplätzen

5. Soziale Gerechtigkeit

- Die „soziale Schere“ zwischen Arm und Reich darf sich nicht noch weiter geöffnet werden
- soziale Gerechtigkeit für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber
- staatlich organisiertes Sozialversicherungsmodell
- Abschaffung des 1-€-Jobs
- Heim- und Pflegewesen ist Aufgabe der öffentlichen Hand
- bessere Ärzteversorgung und Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz im ländlichen Raum

6. Jugend braucht Zukunft

- Förderung und Ausbau von Angeboten und Initiativen, wie Jugendfeste, Ausflüge und regionale Mitbestimmung durch die Landesregierung
- aktivere Einbindung junger Menschen in das Geschehen vor Ort ein
- Bildung von Jugendparlamenten und Jugendbeiräten

7. Bildung fürs Leben

- Staatliche Schulen müssen auch in Zukunft ausbildungs- und studienqualifizierende Regelschulen bleiben
- Schüler sind entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in einem mehrgliedrigen Schulsystem zu unterrichten
- Bestehen eines qualifizierten Sprachtests als Bestandteil der Einschulungsuntersuchung als Voraussetzung für den Schulbesuch
- keine gemeinsame Unterrichtung deutscher und nicht integrationsfähiger ausländischer Schüler
- klassische Hochschulbildung nach Humboldtschem Ideal
- Schutz der deutschen Sprache einschließlich ihrer Dialekte vor Primitivierung und Anglisierung (Deutschpflicht)
- kostenloses Vorschuljahr
- flächendeckendes Schulnetz
- Islamunterricht stoppen
- keine Quotenregelung für Schulabbrecher bei Ausbildungsplätzen
- keine Inklusion von Sonderschülern auf Regelschulen
- Ablehnung des Bildungsplan 2016 der grün-roten Landesregierung
- keine Zweckentfremdung von schulischen Gebäuden (z.B. als Asylunterkünfte)

8. Die Wirtschaft muss dem Volke dienen

- weitreichende wirtschaftliche Unabhängigkeit als wirtschaftspolitisches Ziel
- Männer und Frauen sind bei gleicher Leistung gleich zu entlohnen
- freies, aber sozial verpflichtetes Unternehmertum als Eckpfeiler einer solidarischen Wirtschaftsordnung
- heimische, kleine und mittelständische Unternehmen sind vor der Marktmacht der global agierenden Großkonzerne zu schützen
- infrastrukturelle Grundversorgung und Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand
- Verbot von „Hedge-Fonds“ (sog. Heuschrecken), hypothekenbesicherten Verbriefungen, der Gründung außerbilanzieller Zweckgesellschaften,

- „Leerverkäufen“ und des Einsatzes von Derivaten
- Stärkung mittelständische Struktur unserer baden-württembergischen Volkswirtschaft

9. Die Raumorientierte Volkswirtschaft

- Wirtschaft hat dem Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen
- Wirtschaft darf unsere Umwelt nicht zerstören und unser Volk nicht entfremden
- keine Globalisierung unserer Wirtschaft
- am heimischen Lebensraum und am Bedarf der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft
- regionale Händler und Hersteller, statt Filialen großer Handelsketten
- Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, die in jedem Staat die hauptsächliche ökonomische Grundlage für Beschäftigung, Ausbildung und Steuereinnahmen bilden
- Erhalt raumorientierter Finanzierungssysteme wie Landesbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken

10. Nachhaltig Sparen

- Rechtsvorschriften sind auf Wirtschaftsverträglichkeit und Folgekosten zu prüfen
- Schaffung handlungsfähiger, solider und damit auch strukturell gestärkter Kommunen
- Versorgungssicherheit der kommunalen Dienstleistungen muß gewährleistet und preislich auf die regionale Situation zugeschnitten sein
- Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Kosteneinsparungen, Verwaltungsoptimierung statt Privatisierung und Auslagerung („Outsourcing“).
- Streichung sämtlicher Landesmittel für „Integrationsmaßnahmen“
- Streichung sämtlicher Gelder für „Kontingentflüchtlinge“, Asylforderer und sonstiger, aus öffentlichen Kassen alimentierter Ausländer

11. Ohne Bauer kein Brot

- Erfassung des ländlichen Raumes und die darin befindlichen Gemeinden in einem eigenständigen Entwicklungsplan „Ländlicher Raum“
- keine ungezügelter Ausweisung von Flächen für neue Eigenheimsiedlungen auf der „Grünen Wiese“

- Schaffung von Anreizen für junge Menschen, den Hof ihrer Eltern fortzuführen und weiter zu bewirtschaften
- Ausweisung von Wohn-Gewerbe-Mischgebieten anstatt reiner Wohngebiete in den Flächennutzungsplänen der Dörfer und Gemeinden
- Wiedereinrichtung von Dorfläden zur Grundversorgung mit Lebensmitteln und Sachen des täglichen Bedarfs

12. Naturschutz ist Heimatschutz

- baden-württembergische Landwirtschaft muß den Stellenwert eines zentralen Wirtschaftszweigs bekommen
- mit landwirtschaftlichen Produkten weitestgehend nationale Selbstversorgung
- regionale Vermarktung und Preisentwicklung im Sinne einer das Einkommen und die Existenzgrundlagen der Landwirte sichernden Entwicklung
- Unser Bauernstand ist von enormer wirtschaftlicher und auch kultureller Bedeutung und verdient daher den Schutz des Staates
- Lebensmittel dürfen nur gentechnikfrei hergestellt und angeboten
- Erhalt der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt
- Tierversuche nur bei äußerster Notwendigkeit, für medizinische Zwecke, in begrenzter Zahl
- keine industrielle Massentierhaltung
- Tierquälerei - wie beispielsweise das kulturfremde Schächten - ist ein Verbrechen und strafrechtlich streng zu ahnden
- Umweltschutzgesetze sind strikt anzuwenden
- flächendeckende Versorgungsinfrastruktur und eine regional möglichst ausdifferenzierte dezentrale Erzeugerstruktur
- möglichst breitgefächerte Bezugsquellenvielfalt sowie eine deutliche Ausweitung der Rohstoffbevorratung
- Haushaltsmittel für die Forschung und Entwicklung moderner Energietechnologien sind aufzustocken

Handeln statt wegsehen

-

wählen statt kuschen!